

Anlage 5 – Eigenerklärung über Ausschlussgründe (nat.)

Auf mich, mein Unternehmen bzw. Personen, deren Verhalten gemäß § 31 I UVgO i. V. m. § 123 III GWB meinem Unternehmen zuzurechnen ist, trifft Folgendes zu:

- Keiner** der im Folgenden beschriebenen **Ausschlussgründe** trifft auf eine der genannten Personen zu.
- Eine oder mehrere der genannten Personen **verwirklichen** einen oder mehrere der im Folgenden beschriebenen **Ausschlussgründe**. Meinem Angebot liegt daher ein Nachweis der Selbstreinigung gem. § 31 II UVgO i. V. m. § 125 GWB bei.

Ausschlussgründe:

- I. Rechtskräftige Verurteilung wegen einer der folgenden Straftaten (**§ 31 I UVgO i. V. m. § 123 I GWB**):
- 1) § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - 2) § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a II Nr. 2 StGB zu begehen,
 - 3) § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - 4) § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet,
 - 5) § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet,
 - 6) § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - 7) § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - 8) den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - 9) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - 10) den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels).

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten.

Anlage 5 – Eigenerklärung über Ausschlussgründe (nat.)

- II. Nichterfüllen seiner Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung bzw. Vorliegen einer einschlägigen rechtskräftigen Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung wegen o. a. Pflichtverstöße (§ 123 IV GWB).
- III. Vorliegen eines der folgenden Ausschlussgründe gem. § 31 I UVgO i. V. m. § 124 I GWB:
- 1) das Unternehmen hält bei der Ausführung öffentlicher Aufträge geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen nicht ein,
 - 2) das Unternehmen ist zahlungsunfähig bzw. über sein Vermögen wurde ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
 - 3) das Unternehmen oder eine Person, deren Verhalten gemäß § 123 III GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, hat im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen, durch die seine Integrität infrage gestellt wird,
 - 4) das Unternehmen hat Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - 5) zwischen dem Unternehmen oder eine Person, deren Verhalten gemäß § 123 III GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
 - 6) das Unternehmen war bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen,
 - 7) das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt, ODER
 - 8) die im Rahmen des Vergabeverfahrens abgegebenen Erklärungen in Bezug auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Unternehmens und seiner Erfüllungsgehilfen entsprechen nicht der Wahrheit.

Mir ist bekannt, dass eine **falsche Angabe** im Rahmen der vorstehenden Erklärungen den **Ausschluss** meines Angebots von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat und von weiterem Vergabeverfahren zur Folge haben wird.

Ort, Datum

Name, Vorname